



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2018/770-001	
- öffentlich -	Datum: 17.11.2021	
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in: Dr. Kruse, Martin	
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen	Bearbeiter/in: Paetz, Helga	
Haushalt 2022: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Pestizide" - Aufklärung u. Beratung über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Um, wie bereits vom UBA und Kreistag in 2020 beschlossen, über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln aufzuklären und Beratung anzubieten, sollen 10.000 € aus dem HH 2021 in den Haushalt 2022 übertragen werden.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Ein entsprechender Beschluss des Kreistages für 2021 wurde nicht umgesetzt und die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 30.000 € nicht verausgabt. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ist als Anlage beigefügt.

Relevanz für den Klimaschutz: ./.

Finanzielle Auswirkungen: siehe Antrag

Anlage/n:

HH-Anträge SPD zum UBA_18.11.21

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschuss
Herrn Reimer Tank
24768 Rendsburg
per E-Mail: reimer.tank@freenet.de
Nachrichtlich Frau Helga Petz: helga.paetz@kreis-rd.de,



Rendsburg, 16. November 2021

Anträge Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Tank,

für den Haushalt 2022 stellt die SPD-Kreistagsfraktion folgende Anträge.

Antrag „Planungskosten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“, Teilhaushalt 111403, Übertragung der Mittel aus dem HH 2021

Für Planungskosten für kreiseigene Grundstücke beantragt die SPD-Fraktion, aus dem HH 2021 die Übertragung von 50.000 € für Planungskosten, um kreiseigene Grundstücke zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Mit Hilfe des Kreises soll, möglichst in Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft, bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Der Kreis sollte insbesondere eigene Grundstücke einbringen und dafür neben Belegungsrechten das Eigentum an Wohnungen erwerben, das für besondere Bedarfe (Frauenhaus, Geflüchtete) zur Verfügung stehen kann.

Das kreiseigene Grundstück in Nortorf ist voll nutzbar und ein hervorragendes potentielles Bauland, die Stadt Nortorf müsste noch entsprechendes Baurecht schaffen. In den Haushalt sollen Planungskosten für die Erschließung des Gebietes eingestellt werden.

Das Grundstück Rendsburg (Stauffenbergstraße) ist von der Lage und Größe bestens geeignet für ein Bauprojekt für bezahlbares Wohnen, auch hier könnte eine Bebauung mit bezahlbarem Wohnraum im Rahmen einer Bedarfsanalyse des bereits erfolgten und weiteren Wachstum der Verwaltung geprüft werden.

Der Antrag wurde bereits für den HH 2021 beschlossen, jedoch von der Verwaltung nicht umgesetzt, weshalb eine Übertragung in den HH 2022 erfolgen soll.

Antrag „Klima-Offensive“ - investive Maßnahmen zum Klimaschutz, Teilhaushalt 511102 (Klimaschutz)

Für eine Klimaoffensive des Kreises mit der Realisierung weiterer investiver Maßnahmen insbesondere zum Ausbau regenerativer Energien beantragt die SPD-Fraktion 280.000 € in den Haushalt zu stellen. Hiermit sollen weitere Solaranlagen auf kreiseigenen Flächen errichtet werden. Dabei ist zu prüfen, ob Fördermittel beantragt werden können und diese sind dann entsprechend einzuwerben.

Begründung:



Die Mittel sollen verwendet werden, um

- in eine größere Photovoltaikanlage hinter dem Neubau des Kreishauses im Bereich des Eisspeichers zu investieren. Die Anlage soll aufgeständert werden, sodass darunter eine Blühfläche angelegt werden kann. Neben der Gewinnung regenerativer Energien zur Nutzung als Eigenbedarf für die weitere Versorgung der Kreisverwaltung soll die bereits vom UBA früher beschlossene Anlage von Blühflächen am Kreishaus erfolgen. Damit soll auch gezeigt werden, dass neben der Energiegewinnung durch Solarnutzung auch eine weitere Landnutzung auf derselben Fläche erfolgen kann.
- befestigte kreiseigene Flächen wie Parkplätze und sonstige öffentliche Flächen (z. B. bei Amtsverwaltungen) mit Solarpaneelen zu überdachen. Das neue Energiewendegesetz des Landes schreibt Überdachungen lediglich beim Bau von neuen großen Parkplätzen vor (ab 100 Parkplätze). Mit den Mitteln sollen bereits vorhandene und zudem kleinere Flächen mit deutlich weniger Parkplätzen und befestigte Freiflächen mit einer Solarüberdachung ausgestattet und ggf. mit Ladesäulen ergänzt werden.
- Für das kreiseigene Bürogebäude auf dem Gelände der ehemaligen Standortverwaltung soll ein Prüfauftrag vergeben werden, um zu klären, ob das Dach mit welchen Kosten geeignet ist, eine Solaranlage zu installieren.

Antrag „Pestizide“

Um, wie bereits vom UBA und Kreistag in 2020 beschlossen, über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln aufzuklären und Beratung anzubieten, sollen 10.000 € aus dem HH 2021 in den Haushalt 2022 übertragen werden.

Begründung:

Ein entsprechender Beschluss des Kreistages für 2021 wurde nicht umgesetzt und die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 30.000 € nicht verausgabt.

Eine weitere Begründung zu den Anträgen erfolgt jeweils mündlich.

Viele Grüße

Hans-Jörg Lüth
Stellvertr. SPD-Fraktionsvorsitzender